



Die Freien Demokraten im unaufhaltsamen Niedergang? Diese Frage wird seit den Landtagswahlen in Sachsen wieder vermehrt öffentlich diskutiert. Die FDP stellt – erstmals – keine Minister mehr, weder im Bund noch in den Ländern. In Umfragen liegt sie nun schon seit Monaten konstant unter fünf Prozent. Doch hat die Erosion des parteipolitischen Liberalismus einen langen Vorlauf. Franz Walter hat darüber bereits Ende 1995 in einem Kolloquium der sozialwissenschaftlichen Fakultät referiert, das Drama der FDP früh – aber eben auch zu früh – antizipiert. Wir dokumentieren den damaligen Vortrag aus Gründen anhaltender Aktualität.

Der Niedergang der FDP. Determinanten der Erosion

Der Niedergang der FDP. Doch ich möchte historisch zunächst noch eine Stufe vorher ansetzen. Denn einen Niedergang erlebten die Liberalen schon früher, schon vor der FDP. Aber der Liberalismus regenerierte dann offensichtlich. Schließlich war die FDP gleichsam die Regierungspartei schlechthin in der alten Bonner Republik. Ich frage daher im Folgenden nach den Ursachen des Zerfalls des parteipolitischen Liberalismus vor 1933, versuche dann die Bedingungen für die Renaissance der liberalen Partei nach 1945 herauszuarbeiten, bevor ich schließlich und am ausführlichsten auf die Gründe für die neuerliche Erosion der Liberalen, in Gestalt der FDP, eingehe. Ich hoffe, dass am Ende dann auch der analytische Zusammenhang zwischen diesen drei – auch historischen – Ebenen deutlich wird.

Zunächst also der geschichtliche Vorspann. Ich will mich dabei kurz fassen.

Die Liberalen waren die Partei schlechthin in der Reichsgründungsära, also in den frühen 1870er Jahren des 19. Jahrhunderts. Das war wahrscheinlich die beste Zeit für die Liberalen überhaupt. Ihr Einfluss jedenfalls war beträchtlich. Ihre Wähleranteile betragen nahezu fünfzig Prozent. Dann aber ging es bergab. Am Ende des Kaiserreichs vereinten sie nur noch ein Viertel der Aktivwähler auf sich. Doch der eigentliche Absturz ins Bodenlose erfolgte in den Weimarer Jahren, schon ab 1920. Zum Ausgang der Republik jedenfalls fielen nur noch 2,9 Prozent der Wählerstimmen auf eine der beiden liberalen Parteien.

Was waren nun die Ursachen für diese ja doch dramatische, im Übrigen für die deutsche Geschichte verhängnisvolle Erosion der bürgerlichen Mitte? Ich möchte die Faktoren, die mir wichtig erscheinen, hier nur auflisten, um die Zeit für mein Referat nicht zu überdehnen.

1) Nach der Reichseinigung besaßen die Liberalen keine zugkräftige Zukunftsidee mehr. Die deutsche Einheit war realisiert. Auch die anderen Ziele der Liberalen waren überwiegend erreicht. Es wurde bürgerlich gewirtschaftet. Das Deutsche Reich war im Ganzen rechtsstaatlich verfasst, mit Presse- und Organisationsfreiheit, mit einer beträchtlichen Autonomie von Bildung, Wissenschaft und Kunst. Das war das, was die Liberalen im Kern angestrebt hatten. Die parlamentarische Republik gehörte nicht zu den zentralen Anliegen der Liberalen. Kurz – und das ist etwas, was auch für die Interpretation des Niedergangs der FDP gelten mag – : die Liberalen gerieten in eine Krise, eben weil sie erfolgreich gewesen waren.

2) Vor allem auf die junge Generation im Bildungsbürgertum, die traditionelle Trägerschicht der Liberalen, übte der Liberalismus keinen Reiz mehr aus. Die Liberalen galten den jungen Gebildeten als Bewegung von gestern, als anachronistisch, verstaubt, überholt. Die Jugend des Bildungsbürgertums ging nach rechts, schon im Kaiserreich, massiv dann in der Weimarer Republik.

3) Nach rechts ging auch ein Teil des gewerblichen Mittelstandes. Vor allem die wirtschaftlichen Krisen förderten diesen Abkopplungsprozess von den liberalen Parteien, zunächst die Große Deflation ab 1873, dann und vor allem die Inflation in den frühen 1920er Jahren; schließlich – aber schon gar nicht mehr so entscheidend – die Jahre der Weltwirtschaftskrise. In Krisen – aber nicht nur dann – reagierte ein großer Teil des alten Mittelstandes antiliberal, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Das erlebten wir ebenfalls nach 1945, auch der FDP bereitete das Schwierigkeiten.

4) Den Liberalen rutschte also der Unterbau weg. Die organisatorischen Fundamente der Liberalen waren sowieso nicht mehr stabil. Hier unterschieden sich die Liberalen erheblich von den Sozialdemokraten oder auch der Zentrumspartei. Die liberalen Bürger waren eher Individualisten, keine Parteifunktionäre. Mit der Fundamentalpolitisierung der deutschen Gesellschaft im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts gerieten die Liberalen in Schwierigkeiten. Die Etablierung kollektiver Großstrukturen im Partei- und Verbandswesen unterminierte das liberale Honoratiorenwesen.

5) Dazu hatten sich um die liberale Partei auch keine parteipolitisch eindeutig zugeordneten Milieustrukturen gelegt. Gewiss, es existierten bürgerliche Sport-, Gesangs- und Schützenvereine, die bis in die frühen 1970er Jahre des 19. Jahrhunderts an den Liberalen orientiert waren. Aber die primäre Ausrichtung dieser Vereine war national, nicht liberal. Als beides nicht mehr zwingend übereinstimmte, entwickelte sich das Vereinsumfeld mit der Dynamisierung des Nationalismus nach rechts. Im Übrigen brauchten Liberale eine homogene Gegenkultur auch deshalb – im Gegensatz zu den Sozialdemokraten und Katholiken – nicht aufzubauen, weil sie eben honorable Bürger waren, gleichsam Teile des Establishments, nicht ausgegrenzte oder gar verfolgte Gruppierungen.

Das alles unterhöhlte schließlich die Fundamente des Liberalismus in Deutschland bis 1933. In den sozialkulturellen Raum, den die Liberalen besetzt hatten und der nun frei wurde, drangen dann bekanntlich die Nationalsozialisten ein.

Die Liberalen waren also historisch im Grunde schon am Ende gewesen. So wirkte es jedenfalls aus der übergreifenden, nationalen Perspektive. Insofern ist es verwunderlich, auch erklärungsbedürftig, dass die FDP in der Geschichte der Bonner Republik eine doch so entscheidende Rolle spielen konnte, da sie länger als jede andere Partei an der Bundesregierung beteiligt war und zeitweise zentrale klassische Kabinettsressorts besetzt hielt. In der Regel wird die Überlebensfähigkeit und machtpolitische Relevanz der FDP mit ihrem Ort im bundesdeutschen Parteiensystem begründet, mit ihrer besonderen koalitions- und regierungsbildenden Stellung als Partei der Mitte, kurz: mit ihrer Rolle als „Zünglein an der Waage“. Danach hätten die Freien Demokraten jeweils von Wahl zu Wahl neu und souverän die Koalitionsentscheidung treffen, den Regierungspartner allein nach Maßgabe der Optimierung eigener Macht auswählen können. Das sei dann die Funktion und Stabilitätsressource der FDP gewesen. Ich bezweifle das. Mir scheint die nachgerade zum Topos der FDP-Deutung erhobene Formel vom „Zünglein an der Waage“ nicht überzeugend.

Die Regeneration des parteipolitischen Liberalismus zumindest ist damit überhaupt nicht zu erklären. Die Rückkehr und die beachtlichen Wahlerfolge der Liberalen Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre speisten sich aus zwei anderen Quellen.

Dazu:

- 1) Die Liberalen rekonstituierten sich nach 1945 zunächst als linksliberale Kommunal- und Regionalparteien. Das Untergangsszenarium, das ich zuvor entworfen habe, ist tatsächlich aus zentralstaatlicher Perspektive, aus der Sichtweise des Reichsdurchschnitts beschrieben. Aber in bestimmten Regionen und Kommunen war der Liberalismus nicht vollständig weggeschmolzen, so nicht im deutschen Südwesten, in den Hansestädten, in Teilen Mittelfrankens, im östlichen Sachsen

und Thüringen. Hier waren vor allem die linksliberalen Honoratioren seit Jahrzehnten fest in einem kommunalen Vereinsgeflecht etabliert und angesehen. Hier erhielt die linksliberale Staatspartei auch 1932 noch örtlich über zehn Prozent, mitunter auch über zwanzig Prozent der Wählerstimmen. Auf diesem Fundament gründete sich der Liberalismus nach 1945 sofort wieder. Die Liberalen bedeuteten hier die politische Verkörperung einer eigenen bürgerlichen Lebenswelt, die sich scharf unterschied von der der Sozialdemokratie und auch der anfänglich noch weitgehend katholischen Union.

2) Die Liberalen profitierten auch von der Lizenzierungspolitik der Alliierten. Rechts von der Union und den Liberalen durfte sich zunächst keine weitere Partei bilden. Das nutzt eine zweite Gruppe im Liberalismus, die das Konzept der „nationalen Sammlung“ entwickelte. Im Grunde wollte diese Gruppe das zum Nationalsozialismus konvertierte Bürgertum zurücksammeln. Das war keine unrealistische Perspektive, da große Teile des einst deutschnational-nationalliberalen Bürgertums noch viel Misstrauen gegen die zu Beginn stark katholisch geprägte CDU hegte.

Die FDP regenerierte also nicht als Funktionspartei, die sie zunächst auch gar nicht sein konnte, sondern als nun nach langem Schisma vereinte Partei jener Gruppierung des protestantischen Bürgertums, das teils linksliberal, teils eher nationalliberal gesinnt war und das sich mental, kulturell, religiös-konfessionell von der Union und natürlich von den Sozialdemokraten unterschied. Die FDP war also die parteipolitische Repräsentantin einer eigenen bürgerlichen, vor allem auch national ausgerichteten Lebenswelt. Das gab ihr ein kräftiges Fundament. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Bremen und Hamburg, also den Hochburgen der Linksliberalen, bekam die FDP Ende der 1940er, Anfang der 1950er Jahre um die zwanzig Prozent der Stimmen, im Pionierland der nationalen Sammlung, in Hessen also, lag die FDP sogar zeitweise über dreißig Prozent, noch vor der CDU. Auf dieser Basis, als Partei einer

vom Katholizismus und Sozialismus abgegrenzten bürgerlichen Sozialkultur, überlebte die FDP bis in die späten 1960er Jahre. Solange fußte sie durchaus auf einem – wenngleich allmählich erodierendem – Stammwählerpotential, das über fünf Prozent der Wahlberechtigten lag und die Liberalen stets über die Sperrklausel trug. Bis Ende der 1960er Jahre hatte die Bestandsicherung der FDP mit einer spezifischen Funktion im Parteiensystem nicht entscheidend zu tun.

Jedenfalls wird die Fähigkeit der Freien Demokraten, als Zünglein an der Waage zu agieren, maßlos überschätzt. Ernsthaft hat die FDP, im Hinblick auf die Bundesebene, nur dreimal diese strategische Variante gezielt eingesetzt: 1956/57, 1969 und 1982. Sonst stand das zumindest in Bundestagswahlkämpfen nie wirklich zur Debatte. Das hatte auch seinen Grund. Denn das Zünglein-an-der-Waage-Experiment hat die FDP, wenn sie es tatsächlich exerzierte, in ungeheure Krisen getrieben, hat die Existenz der FDP schließlich untergraben, hat die Partei jedenfalls nicht gefestigt. Und weil das so war, konnte die FDP über weite Strecken eben trotz ihrer Mitteposition nicht Zünglein an der Waage sein. Vor allem die Union begriff das und hat sich überwiegend von der Pose der FDP nicht beeindruckt oder erpressen lassen. Denn die Erfahrungen waren eindeutig.

Hierzu erstens: Bis 1956 definierte sich die FDP unmissverständlich als Bestandteil des bürgerlichen Lagers. An ihrer schroff antisozialistischen Haltung gab es nichts zu deuteln. Die Freien Demokraten standen meist rechts von der CDU. Allerdings sah eine neue, junge Generation in der nordrhein-westfälischen FDP darin eine Beschränkung der Machtmöglichkeiten der Liberalen. Sie verfolgten daher die Absicht, die FDP in die Mitte zu rücken, um so zwei Koalitionsoptionen zu besitzen, was eben Macht- und Drohpotential der FDP stärken sollte. Diese freidemokratischen Jungtürken waren kühle Pragmatiker. Als Adenauer den Freien Demokraten mit einer für sie gefährlichen Wahlrechtsreform drohte, schlugen sie hart zurück. Sie ließen in Nordrhein-Westfalen das Regierungsbündnis mit der CDU platzen und bildeten kurzerhand mit der SPD ein neues Kabinett. Das war bewusst auch als bundespolitisches

Signal gedacht. Man wollte demonstrieren, dass die Freien Demokraten Zünglein an der Waage waren, die entscheidende Scharnierpartei für die Koalitionsbildung, eine Partei mit zwei Optionen. Aber das funktionierte nicht. Am Ende des Manövers stand die absolute Mehrheit der Union, 1957 im Bund und 1958 in Düsseldorf. Die FDP hatte an Macht verloren, nicht gewonnen. Dazu hatte man organisatorisch viel zerschlagen. Zwei Tage nach dem Düsseldorfer Coup war ein Drittel der Bundestagsabgeordneten aus der Partei ausgetreten, darunter alle vier Bundesminister. Die deutschnational gesinnten Wähler der FDP waren über die Allianz mit den Sozialdemokraten schockiert und gingen massenhaft zur Union. Die Landtagswahlen 1958 wurden zum Desaster. Die FDP verzeichnete dramatische Einbrüche in NRW, Hessen und Berlin. Das Zünglein-an-der-Waage-Spiel zerstörte die Wählerbindungen, markierte die Anfänge der regionalen Erosion der FDP.

Zum Zünglein an der Waage wurde die FDP, zweitens, bekanntlich dann 1969. Das begann schon im März mit der Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten. Aber auch hier war die Wirkung ähnlich wie 1956/57. Viele Mitglieder, vor allem in Bayern, NRW und im Saarland, traten aus. Besonders spektakulär war der Übertritt von drei Landtagsabgeordneten in Niedersachsen zur Union. Das ging erst recht so nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition weiter. 1969 verlor die FDP einen großen Teil ihrer kommunalpolitischen Basis, wovon sie sich nie wieder erholte. Zahlreiche Landräte, Stadträte, Bürgermeister und Stadtverordnete gaben ihr Parteibuch ab. Die letzten Hochburgen der Liberalen, Nordhessen und Württemberg, wurden so geschleift. Auch im höheren Parteiestablishment waren die Verluste beträchtlich: Rund zwanzig Prozent der Bundestagsabgeordneten traten zwischen 1969 und 1972 aus, darunter ein früherer Bundesvorsitzender, ein ehemaliger Bundesminister, ein langjähriger Fraktionsvorsitzender und ein ebenfalls langjähriger Geschäftsführer der Bundestagsfraktion. Bei den ersten Wahlen 1970 flog die FDP aus den Landtagen; die zeitgenössischen Publizisten rechneten daher damals fast durchweg mit dem Tod der Liberalen.

Vom personellen Aderlass der Wende 1982, als die FDP zum bisher letzten Mal Zünglein an der Waage war, haben sich die Freien Demokraten, schließlich und drittens, bis heute nicht kuriert. Dies mag nun tatsächlich zum Exitus der Partei führen. Ein Viertel ihrer Mitgliedschaft büßte die FDP seinerzeit ein. Vor allem aber: Bei dieser Wende ging ihr die Führungsreserve verloren, die mittlere Nachwuchsgeneration. Es blieb die alte Partielite, dies im Gegensatz zu 1956/57 und 1969. Das erklärt die ungeheuren Probleme der FDP seit Mitte der 1980er Jahre, geeignete Führungspersönlichkeiten für die Parteispitze zu finden.

Im Ganzen also hat es die FDP außerordentlich belastet, als Zünglein an der Waage wirklich zu agieren. Dieses Instrument war nur in ganz wenigen historischen Momenten einzusetzen. Und selbst da hat es die Partei ausgezehrt, hat es die Wählerbindungen untergraben, hat es die lokalen Fundamente unterminiert, die Organisation erschüttert, schließlich die Personalressourcen verknappt. Natürlich, die FDP musste Zünglein an der Waage sein, sollte es in der Bundesrepublik zu einem Regierungswechsel kommen. Denn schließlich waren die großen Parteien allein auf der Bundesebene zu einem Machtwechsel nicht in der Lage. Aber die FDP wurde durch den Partnertausch jedes Mal ungemein erschüttert und auch langfristig beschädigt. Von dieser Funktion innerhalb des Parteiensystems hat die FDP eigentlich nicht recht profitiert.

Anders steht es mit einer zweiten Funktion, die die FDP ausübte: die der Korrektivpartei innerhalb einer Koalition, innerhalb eines politischen Lagers.

Was ich damit meine, möchte ich im Folgenden begründen und illustrieren.

- 1) Nach dem Desaster der nordrhein-westfälischen Jungtürkenstrategie siedelte sich die FDP unter ihrem neuen Bundesvorsitzenden Erich Mende wieder ganz dezidiert im bürgerlichen Lager, wie es die Liberalen zeitgenössisch nannten, an.

Sie suchte die Nähe zur Union und wollte die Koalition mit der CDU/CSU. Allerdings wollten die Liberalen nicht das Schicksal der anderen protestantischen Kleinparteien teilen und von der Union in der Koalition vereinnahmt und absorbiert werden. Daher empfahlen sie sich als eine Korrektivpartei in einer Koalition mit den Christdemokraten. Sie reaktivierten dafür den Antikonfessionalismus, kritisierten die Sozialpolitiker der Union. Am prononciertesten aber kam das Prinzip der unmissverständlichen Koalitionsentscheidung mit dem gleichzeitigen Signal des Korrektivs in der Wahlkampfparole 1961 zum Ausdruck: „Mit der CDU/CSU aber ohne Adenauer“. Das brachte den bundesdeutschen Liberalen den größten Wahlerfolg in ihrer Geschichte [Stand 1995].

2) Nach dem gleichen Rezept kam die FDP auch nach 1970 wieder auf die Beine. Eine Rückkehr zur Union war zu diesem Zeitpunkt völlig ausgeschlossen und wurde damals auch von niemandem in der neuen Parteiführung, mit der bezeichnenden Ausnahme von Hans Dietrich Genscher, erwogen. Die FDP musste sich in der Koalition stabilisieren. Und das gelang ihr, wieder als Partei des Korrektivs, diesmal gegenüber den Sozialdemokraten, genauer: gegenüber Juso-Parolen zur Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien; gegenüber Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften; gegenüber den sozialpolitischen Plänen der sozialdemokratischen Partei und Bundestagsfraktion insgesamt. Das brachte die Partei wieder in die Landtage, 1972 sicher in den Bundestag. Die FDP hatte als Korrektivpartei zwischen 1972 und 1976 eine glänzende Periode.

3) Das alles wiederholte sich, drittens, nun in einer neuen Konstellation, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre. 1984 galt die FDP noch als Dame ohne Unterleib, da sie nur noch in fünf von elf Landtagen vertreten war. Die Totenglocken läuteten wieder einmal. Dann aber, ab 1985, kehrte sie in die Länderparlamente zurück. Die FDP war wieder Korrektivpartei, jetzt erneut im bürgerlichen Koalitionslager. Sie

gab sich marktwirtschaftlicher als die Union; in der Innenpolitik liberaler als die CSU-Repräsentanten im Innenministerium, und mit Genschers Fortsetzung der sozialliberalen Entspannungs- und Ostpolitik hob sie sich von der sogenannten „Stahlhelmfraktion“ in der Union ab. Die FDP wurde in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre gleichsam zur Ventilpartei, zum Medium für unzufriedene Unionswähler. Als Wanderer zwischen den Lagern hätte die FDP den Ärger früherer Unionswähler nicht kanalisieren und für sich nutzen können. Als Korrektivpartei im bürgerlichen Lager aber gelang ihr das vorzüglich.

Aber auch diese Strategie hatte ihre Tücken; auch sie trug zum Niedergang der FDP bei. Denn die FDP profilierte sich als Korrektivpartei vorwiegend negativ, in erster Linie aus der Abgrenzung vom großen Koalitionspartner. Dadurch aber vernachlässigten die Freien Demokraten die Konstruktion einer selbsttragenden liberalen Identität und Programmatik. Der Liberalismus reduzierte sich so allein auf eine taktische Funktion. Als Partei mit eigener Substanz erschien die FDP nicht mehr. Sie warb hauptsächlich um die taktischen Wähler, diejenigen vor allem des großen Koalitionspartners. Das raubte der FDP zunehmend die Eigenständigkeit. Feste Wählerbindungen entstanden so nicht.

Aber gab es für solche Wählerbindungen, für ein liberales Stammwählerpotential überhaupt Chancen? Die klassischen Wählerfundamente der FDP zumindest waren in den 1960er Jahren im früheren Umfang nicht mehr zu halten gewesen. Der alte Mittelstand war stark zusammengeschrumpft. Vor allem der Rückgang der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft war in den 1950er Jahren eklatant. Insgesamt nahm der Anteil der Selbständigen und ihrer mithelfenden Familienangehörigen zwischen 1950 und 1991 von 28 Prozent auf neun Prozent ab. So brachen den Freien Demokraten die früheren Grundlagen weg. Auch die überlieferten Feindbilder gingen den Liberalen allmählich verloren. Die CDU war in den 1960er Jahren weniger katholisch; die

Sozialdemokraten hatten sich in Godesberg von den Restbeständen des Marxismus getrennt. Die Schwarzen waren also nicht mehr richtig schwarz, die Roten nicht mehr richtig rot. Das nahm den Liberalen ihre Abgrenzungsidentität, die lange die liberalen Anhänger verbunden hatte. Die altliberale Honoratiorenwelt ging in diesem Jahrzehnt unter. Die bundesdeutschen Parteien entideologisierten sich in den 1960ern, die Gesellschaft entkonfessionalisierte sich, enttraditionalisierte sich allmählich.

Aber darin lagen zugleich auch beträchtliche Chancen für die Freien Demokraten. Denn im Grunde wurde die Gesellschaft dadurch auch aufgeschlossener für liberale Einstellungs- und Verhaltensmuster. Ein Teil des frühliberalen Normenkatalogs, aus den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, erfuhr jetzt gewissermaßen eine Renaissance, auf neuer, gesellschaftlich sehr viel breiterer Basis: Autonomie etwa, Mündigkeit, Bildung, Individualität. Eine neue Mittelschicht bildete sich heraus, die diese Werte transportierte, infolge der Tertiärisierung der Gesellschaft, durch die Bildungsexpansion, die in diesem Jahrzehnt einsetzte. Dagegen verloren die großen Kollektivorganisationen und industriellen Organisationsformen, mit denen die Liberalen historisch so viele Probleme hatten, sukzessive an Bedeutung.

Insbesondere die beiden Bundesgeschäftsführer der FDP in den 1960er Jahren, Karl Hermann Flach und Hans Friderichs, wollten diesen Trend nutzen und den Liberalismus auf neue soziologische und normative Fundamente stellen, wollten ihn für die neuen, eher linkslibertären Schichten öffnen, wollten die FDP bürgerrechtlich-radikal-demokratisch ausrichten. Besonders massiv trieb Hans Friderichs diese Entwicklung zwischen 1966 und 1968 voran. Aber er wurde im Sommer 1968 abgebremst von Walter Scheel und Hans Dietrich Genscher, die an einen bedeutsamen Wandel der Gesellschaft und der Werte nicht glaubten, das alles für akademische Soziologie, für Feuilleton hielten. Nach Bildung der sozialliberalen Koalition ging der Trend in der FDP dann sowieso nach rechts, trotz der in Öffentlichkeit und Wissenschaft maßlos, wie ich meine, überschätzten Freiburger Thesen. Die FDP positionierte sich als Korrektiv zur SPD und verzichtete darauf, ein linksliberales oder radikaldemokratisches Image

herzustellen. 1978 schließlich verpasste sie wohl endgültig die letzte Chance, noch auf die linkslibertären, nun besonders ökologisch disponierten Teile der neuen Mittelschichten einzuwirken. Parteitage beschlossen distanzierende Resolutionen zur Kernenergie, aber die Bundesminister setzten sich darüber hinweg. Im Ganzen hat die FDP zwischen 1968 und 1978 wohl die Gelegenheit versäumt, sich ein neues, vergleichsweise festes Wählerpotential zu erschließen, das eher bürgerrechtlich-linksliberal orientiert war. Auch deshalb konstituierten sich die Grünen und ersetzten am Ende die FDP.

Allerdings bot die neue Mitte in der Bundesrepublik prinzipiell Platz, auch genügend Wählerpotentiale für zwei, wenn man so will, liberale Parteien. So jedenfalls kann man die Wahlergebnisse der Jahre 1985 bis 1987 interpretieren, als gerade in den urbanen Wachstumsregionen der Republik Grüne und Freie Demokraten gleichermaßen zulegten, während die Volksparteien schrumpften. Die sich herausbildende postindustrielle Gesellschaft begünstigte nicht nur linkslibertäre Einstellungen, sondern ab den 1980er Jahren auch marktradikale, wenn man so will neoliberale Parteien, oft auch mit rechtspopulistischer Grundierung in der zweiten Hälfte der 1980er. Aufwind erhielten sie vor allem in den frühen 1990er Jahren, so die niederländische Volkspartei für Freiheit und Demokratie, aber auch die Lega Nord, natürlich die Freiheitlichen in Österreich, abgeschwächt die Autopartei in der Schweiz, dazu die skandinavischen Fortschrittsparteien. Ganz offensichtlich kristallisierte sich in der bürgerlichen Mitte, nur politisch auf der anderen Seite des Spektrums, ein weiteres Wählerpotential heraus, für dessen politische Repräsentanz ebenfalls eigentlich Liberale, jetzt aber Wirtschafts- und Rechtsliberale, bestens prädestiniert gewesen wären.

Die Freien Demokraten erkannten diesmal partiell auch ihre Chance. Sie sahen die Veränderungen in der Gesellschaft und Wählerschicht Mitte der 1980er Jahre als Ausdruck der heraufziehenden Informationsgesellschaft, in der es auf Flexibilität, Mobilität und Selbständigkeit ankam, alles Eigenschaften, für die die großen,

schwerfälligen Volksparteien nicht so recht standen. Die Freien Demokraten aber versuchten ab 1985, sich programmatisch als Avantgarde der Informationsgesellschaft zu präsentieren, als Herolde der Freien Marktwirtschaft, der ungehinderten Privatinitiative, des starken Individuums. Sie gaben sich als die Anwälte der Leistungsträger, der modernen, dynamischen, kreativen, wirtschaftlich erfolgreichen, besserverdienenden Schichten. Insofern gewannen die Freien Demokraten nach dem Abgang der Sozial- und Linksliberalen schon ein ziemlich eindeutiges Profil. Und im Grunde lag das seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre auch durchaus im Trend der Zeit.

Ein scharf geschnittenes Profil brauchten die Freien Demokraten auch dringend, denn der Spielraum für die Funktionspartei hatte sich seit den späten 1980er Jahren drastisch verengt. Die Grünen hatten sich mittlerweile fest etabliert, lagen bei Wahlen häufig noch vor der FDP. Zwischenzeitlich zogen bekanntlich auch Parteien der extremen Rechten in die Regionalparlamente, so dass sich Ende der 1980er, Anfang der 1990er Jahre gar mindestens ein Fünfparteiensystem herauszubilden schien. In diesem System aber ging die koalitionsbildende Kraft der FDP verloren. Ihre Anteile reichten meist nicht mehr, um einer der großen Parteien, primär natürlich die Union, zur Regierungsfähigkeit in den Ländern zu verhelfen.

Dazu schaffte es die FDP auch ab 1990 nicht mehr, im Bundeskabinett als Korrektiv zur großen Koalitionspartei in Erscheinung zu treten. Die Buhmänner der Liberalen waren nicht mehr da; Franz Josef Strauß, dem die FDP viel zu verdanken hatte, war verstorben; Friedrich Zimmermann gehörte dem Kabinett nicht mehr an. Und insgesamt hatte die CSU in den frühen 1990er Jahren im größer gewordenen Deutschland an Einfluss eingebüßt. Auch war es nach dem Zusammenbruch der europäischen Nachkriegsordnung nicht mehr so einfach wie bis 1989, sich als Hüterin der Entspannungspolitik in Szene zu setzen. Genschers Reisediplomatie reichte nicht mehr aus, ihm unterliefen Fehler; er demissionierte. Vor allem gelang es der FDP nicht mehr, sich der Öffentlichkeit und ihrer Klientel als marktwirtschaftlicher Wächter in der

Koalition zu präsentieren. Die Abgaben und Steuern stiegen in den 1990er Jahren; die Gesundheitsreform und Pflegeversicherung wurden von den Liberalen nicht verhindert. In Kreisen der Wirtschaft wuchs der Ärger über die FDP.

Gerade aus diesem Grund aber nutzte den Liberalen auch das seit einigen Jahren schärfer konturierte programmatische Profil nichts. Programmatisch offerierten sie sich seit den späten achtziger Jahren unmissverständlich als Partei der Entbürokratisierung, des sozialstaatlichen Umbaus, der Privatisierung, der Steuersenkung, der konsequenten Marktwirtschaft. Aber die fortwährende Klage der FDP über die hohen Abgaben, die vielen Steuern, die wuchernde Staatsbürokratie, die teuren Sozialleistungen wirkte auf die meisten Wähler nicht sehr überzeugend. Denn schließlich stellte die FDP seit nun einem Vierteljahrhundert ununterbrochen den Wirtschaftsminister der Republik. Die FDP machte sich gut als Kritikerin des bundesdeutschen Wohlfahrtsstaats, an dessen Regierung sie länger als jede andere Partei beteiligt war. Die Freien Demokraten klagten eine Politik an, die sie selbst mitproduziert hatten und an der sie bis heute (1995) partizipieren. Hätten die Liberalen den Sozialstaat in den letzten Jahren aus der Opposition heraus attackiert, wären sie vielleicht zur Aufsteigerpartei der neunziger Jahre geworden.

Aber so reüssieren die Freien Demokraten hinreichend noch nicht einmal bei den von ihnen emphatisch umworbenen Aufsteigern und Arrivierten, die bis 1993 im FDP-Jargon als „Besserverdienende“ firmierten. Das mag daran liegen, dass diese Zielgruppe tatsächlich so ist, wie sie der FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle immer beschreibt: erfolgsorientiert und trendbewusst. Eben deshalb investiert ein Teil dieser Gruppe inzwischen in grüne, nicht in liberale Aktien. Die FDP wendet sich an die Aufsteiger und Dynamiker der Gesellschaft, personell repräsentiert aber wird die Partei eher von vergleichsweise biedereren Beamten und unauffälligen Mittelstandsfunktionären. Als Schrittmacher der Modernisierung und Flexibilität wirkt das Führungspersonal der FDP habituell nicht sehr überzeugend. Die FDP tritt als Kündlerin der modernen Marktwirtschaft und Informationsgesellschaft auf, aber sie verkörpert

das nicht, nicht personell, nicht kulturell. Die Freien Demokraten glänzen nicht vor den Kameras der Mediengesellschaft. Die FDP hat keine herausragenden Köpfe mehr, es fehlt ihr an Flair und Aura, um gerade die flexiblen Wähler, zu beeindrucken.

Schon insofern war und ist auch die Haiderisierung wohl keine realistische Chance für die FDP, obwohl beträchtlich Wählerpotentiale dafür bestehen. Denn einen deutschen Haider gab und gibt es nicht unter den Freien Demokraten. Auf ihn aber käme es an. Denn gerade die neuen rechtsliberal-populistischen Parteien in Europa sind durch charismatische Persönlichkeiten verknüpfte Organisationen, brauchen noch stärker als andere Parteien die Autorität an der Spitze, um die oft heterogene Anhängerschaft zu verklammern und zu binden. Noch weiteres hemmte und hemmt eine rechtspopulistische Transformation der FDP nach Art der Freiheitlichen in Österreich. Die FDP ist schließlich eine durch und durch bürgerliche Partei, die stets nach Ministerien strebt und jederzeit mitregieren will. Das war ihre Rolle in der Geschichte der Bundesrepublik; die FDP gehört zum System der Macht, das die modernen Rechtsliberalen sonst in Europa agitatorisch befehlen. Die Freien Demokraten taugen daher nicht recht zum populistischen Opponieren. Zudem: Die deutschen Liberalen sind nicht volkstümlich genug für eine populistische Politik, sie sind zu elitär, eben zu sehr Partei der Besserverdienenden, im Gegensatz zu den Freiheitlichen in Österreich. Ferner: Populistische Parteien müssen die Radikalisierung ihrer Rhetorik und Kampagnen ständig steigern und dynamisieren, um die disparate Anhängerschaft bei der Stange zu halten und um die aufgeheizte Proteststimmung nicht zu enttäuschen. Dazu ist die FDP, wie sie nun einmal existiert, wohl nicht prädestiniert.

So spricht viel dafür, um nun zum Schluss zu kommen, dass sich die FDP alten Zuschnitts nicht mehr erholen wird. Gewiss, den Freidemokraten ging es schon häufig schlecht, ihr Tod wurde schon mehrfach prognostiziert und sie haben sich dann doch oft genug wieder aufgerappelt. Aber im Unterschied zu früher befindet sich die FDP

in den neunziger Jahren nicht in einer politischen Konjunkturkrise, sie ist strukturell schwer beschädigt, über weite Strecken in ihren Fundamenten zerstört. Die Voraussetzungen dafür, dass die Liberalen sich nach 1945 noch einmal regenerieren konnten, existieren jetzt nicht mehr. Die FDP hat keine Milieus, keine sozialkulturellen Verwurzelungen mehr. Sie hat ihre Honoratioren verloren, ihre kommunale und regionale Verankerung, ihre parlamentarische Präsenz und Regierungsmacht in den meisten Ländern, ihre intellektuellen und personellen Kapazitäten, ihre einflussreiche Funktion für die Koalitionsbildung in der Bundesrepublik eingebüßt. Neue Reserven hat die Partei nicht gebildet, neue Ressourcen nicht aufgetan, neue Bindungen nicht hergestellt, Chancen nicht ergriffen. Schließlich blieb ihr nicht einmal die Korrektivfähigkeit. Und sie besaß auch nicht mehr das politische Personal, um programmatische Botschaften überzeugend zu verkörpern und kongenial zu übersetzen. Das, zusammengenommen, begründete die Erosion der Freien Demokraten.

Der parteipolitische Liberalismus also steckt im Prozess des Zerfalls, wie in der Weimarer Republik. Diesmal aber könnte der Niedergang tatsächlich unwiderruflich ins historische Aus führen.



Prof. Dr. Franz Walter, geb. 1956, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.